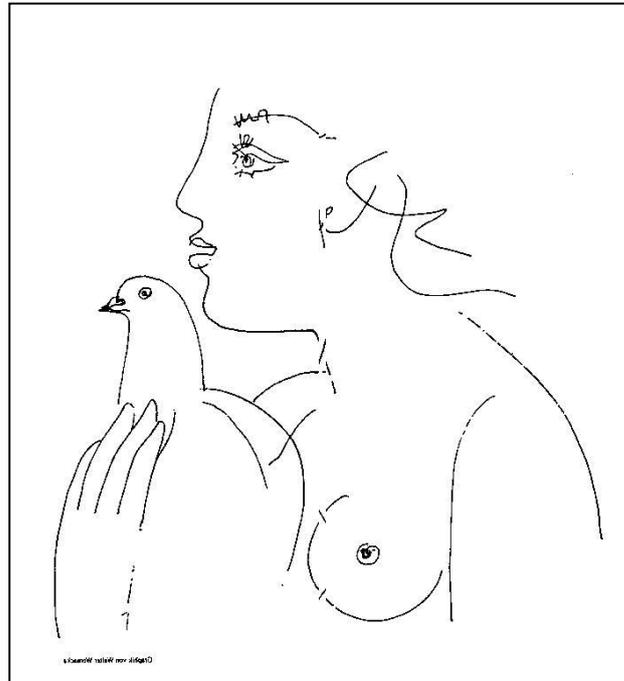


Nr. 211



Zur Oktoberrevolution und deren Folgen, über die Rolle der Gewalt und über den Kampf um den Frieden

von

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

April 2017 Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors aus der Geschichtskorrespondenz des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE

Sich mit diesem Themenkomplex zu beschäftigen, war und bleibt ein fundamentaler Gegenstand der Politik, der Theorie und Ideologie einer jeglichen progressiven Partei und Gruppierung und der Auseinandersetzung mit fortschrittsfeindlichen Kräften.

Eine zentrale Frage der Entwicklung der Menschheit ist die nach der Rolle der Gewalt. In ihr offenbaren sich besonders deutlich die gegensätzlichen Positionen von Fortschritt und Reaktion und die Kontroversen um die Wertung gesellschaftlicher Veränderungen. Dabei geht es sowohl um jene Wandlungen, die auf die Überwindung historisch überholter Zustände gerichtet sind wie auch um den Kampf gegen jene Kräfte, die an alten Verhältnissen festhalten, diese gegen den Fortschritt erhalten wollen. In diesem Zusammenhang ist zu erinnern, was Karl Marx dazu schrieb: „In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle.“ /1/ Noch ausführlicher sagte er in einem Interview, das er der Chicagoer „Tribune“ gab und das am 18. Dezember 1878 veröffentlicht wurde: „Keine einzige große Bewegung ist ohne Blutvergießen geboren worden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika errangen ihre Unabhängigkeit durch Blutvergießen, Napoleon hat Frankreich durch blutige Geschehen erobert, und er ist auf die gleiche Weise überwunden worden. Italien, England, Deutschland und jedes andere Land liefern weitere Beispiele derselben Art... Die Jesuiten haben getötet, und die Puritaner unter Cromwell haben getötet. All dies geschah, ehe man von Sozialisten gehört hatte.“ Und die Pariser Kommune gegen die bürgerliche Presse verteidigend, sagte er: „Die Kommune hat nur ungefähr 60 Menschen getötet. Marschall Mac Mahon und seine Schlachterarmee haben mehr als 60.000 getötet. Niemals ist eine Bewegung derart verleumdet worden wie die Kommune.“ /2/

Bei Gewalt denkt man gewöhnlich zuerst und vor allem an den Einsatz von Waffen. Doch ich verstehe diesen Begriff umfassender, meine, dass er in seiner Komplexität zu begreifen ist. Es geht nicht nur um den Gebrauch militärischer Mittel, sondern auch um die Androhung ihres Einsatzes, um ihre Verwendung zur Erpressung, zur Einschüchterung des Gegners. Zur Gewalt zähle ich ebenfalls Restriktionen sehr verschiedener Art: Sanktionen, Boykotte, Blockaden, Untergrundtätigkeiten. Weiter gehören dazu die Propagie-

rung und die Verherrlichung von Kriegen und anderen bewaffneten Konflikten, des Gebrauchs von Gewalt, die Militarisierung der Gesellschaft, die Dominanz des militärisch industriellen Komplexes. Im weiteren Sinne sind auch solche Mittel wie die Nichtanerkennung von Staaten und ihrer Souveränität – man denke nur an die Alleinvertretungsanmaßung der Regierungen der BRD gegenüber der DDR und die damit verbundenen Verstöße gegen das Völkerrecht – dazu zu zählen.

Nicht zuletzt zählen zur Gewalt die Verfolgung und der Terror gegen die Gegner von Eroberung und Unterdrückung, begleitet von ihrer Diffamierung im öffentlichen Leben. Ausdruck der von einflussreichen Kräften geförderten Tolerierung und Ausbreitung von Gewalt sind der Ausbau bestehender und die Errichtung neuer reaktionärer Regime und die weitgehend geduldete Vermehrung nationalistischer, rassistischer und faschistischer Ideen, Bewegungen und Parteien in vielen Ländern, so vor allem in den USA, Frankreich, Deutschland, Polen, der Ukraine, Russland und auch im arabischen, asiatischen und afrikanischen Raum.

Im Ringen für Frieden und Sozialismus ist die Macht wichtigste Bedingung und Grundlage. Denn eine Revolution ist „nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht“ /3/. Das ist eine in Geschichte und Gegenwart bestätigte Wahrheit: Jegliche Vernachlässigung und fehlerhafte Behandlung der Frage der Macht rächt sich bitter.

Mit dem Blick auf die Geschichte von Revolutionen drängen sich mir folgende Gedanken auf: Die oft gebrauchte Aussage, dass Kriege, die bekanntlich oft im Zusammenhang mit Revolutionen bzw. aus diesen heraus entstanden und entstehen, keine Alternative seien und dass Konflikte nur durch Verhandlungen zu lösen sind, lässt leicht übersehen bzw. zurücktreten, wie die Realitäten jeweils waren und sind, wie die historischen Prozesse wirklich verlaufen. Die Geschichte zeigt doch: In der Regel siegt eine der kriegführenden Parteien bzw. Seiten im Ergebnis zumeist sehr langwieriger und opferreicher bewaffneter Auseinandersetzungen, als Resultat von erbittert geführten Kriegen. Das beweisen – um nur einige Beispiele aus der neueren Geschichte zu nennen – der Erste und der Zweite

Weltkrieg, die Niederlage der Spanischen Republik im Bürgerkrieg 1936 bis 1939, die Siege der vietnamesischen Befreiungskräfte von 1945 bis 1975 in den Kriegen gegen Frankreich und gegen die USA und ihrer Verbündeten, der Sieg der algerischen Nationalen Befreiungsarmee (ALN) in ihrem antikolonialen Kampf gegen Frankreich 1954 bis 1962, die Niederlage Israels, Großbritanniens und Frankreichs in der Suezkrise 1956, in Angola der Sieg der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) 1975/1976 bis 1991, in Mocambique der Befreiungsfront von Mocambique (FRELIMO) 1975 bis 1990.

Diese und viele andere kriegerische Auseinandersetzungen zeugen davon, dass Reden, Absichtserklärungen, Beteuerungen, Versprechungen wie auch Forderungen, Drohungen und Ultimaten in der Regel den Ausbruch von Kriegen nicht zu verhindern vermochten, sondern Friedensabkommen und andere vertragliche Vereinbarungen vielmehr erst nach zumeist langen kriegerischen Konflikten zustande kamen, an deren Ende standen oder zu Patt-Situationen in Form von Waffenstillstandsvereinbarungen führten. Situationen der zuletzt genannten Art traten während des Indochinakrieges ein, sie existieren seit 1953 auf der koreanischen Halbinsel, im Konflikt zwischen der Befreiungsfront der Westsahara (POLISARIO) und der marokkanischen Herrschaft um die Westsahara, sie gab es in den Auseinandersetzungen zwischen der Regierung Kolumbiens und den Guerillaorganisationen FARC und ELN. Und in einigen Fällen scheuten manche besonders militant gesinnte Politiker auch nicht davor zurück, der anderen Seite mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen, sie damit zu schrecken, so im Koreakrieg und während der Kuba-Krise 1962, um die bekanntesten Beispiele zu nennen.

Unsere Lage heute

Aus all dem, aus den geschichtlichen Erfahrungen ergibt sich zwingend die Lehre: Man muss der Notwendigkeit eingedenk sein, die internationalen Ereignisse, vor allem die militärischen und geheimdienstlichen Aktivitäten, jederzeit, ununterbrochen, umfassend und genau zu verfolgen und zu analysieren. Das gilt natürlich in erster Linie für die oft unverblümt aggressiven und drohenden Deklamationen imperialistischer Politiker. Man darf sich aber auch durch

schöne Worte, durch salbungsvolle Erklärungen nicht täuschen lassen, sondern muss darauf sehen, ob und welche Taten den Worten, den Verheißungen und Zusicherungen folgen. Stets muss man dafür sorgen, dass der oder die Kontrahenten nicht die Überlegenheit erlangen, dass das Gleichgewicht der Kräfte oder, wie im Kalten Krieg formuliert wurde, die gegenseitige Abschreckung, gewährleistet sind, denn eine atomare oder gar allgemeine Abrüstung ist auch künftig nicht in Sicht. Naive Friedfertigkeit und edle Gutmütigkeit, die nicht auf reale Stärke gegründet sind, bedeuten letztlich eine Einladung an den Gegner, seine aggressiven Absichten zu realisieren. Hier sei, um nur ein Beispiel anzuführen, erwähnt, was Sebastian Haffner, bezogen auf die deutsche Novemberrevolution von 1918/1919, schrieb: „Der siegreichen Masse hilft es wenig, gutmütig zu sein; die besiegten Herren verzeihen ihr den Sieg nicht.“ Und weiter: „In jeder Revolution ist das Entscheidende die Haltung der bewaffneten Macht.“/4/

Es muss auch daran erinnert werden, dass sich im Oktober 1917 der Aufstand der revolutionären Arbeiter, Soldaten, Matrosen und Bauern in Russland ohne großes Blutvergießen vollzog und dass es erst der 1918 von der inneren Konterrevolution entfachte weiße Terror, unterstützt von den 14 ausländischen Interventionsmächten, war, der entsprechende entschlossene Gegenmaßnahmen der Sowjetmacht erzwang und das Land bis 1922 in blutige Kämpfe stürzte, viele Menschenleben kostete und große Verwüstungen anrichtete./5/

Vor Illusionen über die Gegner des gesellschaftlichen Fortschritts warnend, sagte W.I. Lenin im Dezember 1921: „... das erste Gebot unserer Partei, die erste Lehre, ... die sich alle Arbeiter und Bauern zu eigen machen müssen, ist die: auf der Hut zu sein, daran zu denken, daß wir von Leuten, Klassen, Regierungen umgeben sind, die offen den größten Haß gegen uns bekunden... Wir wissen nur zu gut, welche unerhörten Leiden für die Arbeiter und Bauern ein Krieg mit sich bringt. Darum müssen wir uns zu dieser Frage höchst vorsichtig und umsichtig verhalten. Wir gehen auf die größten Zugeständnisse und Opfer ein, ... nur um den Frieden zu erhalten, den wir um einen so hohen Preis erkaufte haben. Wir gehen auf die größten Zugeständnisse und Opfer ein, aber nicht auf jegliche,

nicht auf endlose.“/6/ In unseren Tagen bestätigt sich dies wiederum besonders offenkundig: Die Oktoberrevolution und die aus ihr entstandene Gesellschaft sind Zielscheibe von Verleumdungen und Diffamierungen sowie in „milderer“, deshalb nicht weniger gefährlicher Form Gegenstand von manchen einseitigen Darstellungen und Halbwahrheiten. Antisozialistische Kräfte suggerieren, dass sich die kommunistische Idee überlebt habe, dass es zum Kapitalismus keine Alternative gäbe, die sogenannten westlichen Werte die guten, die edlen seien, wobei der gravierende Widerspruch zwischen den schönen Deklamationen und der verbreitet schlimmen, grauenvollen Wirklichkeit ausgeklammert bleibt.

Diese Feindschaft gegen den Sozialismus und die Leugnung der Vorwärtsbewegung der Menschheit ist nicht verwunderlich; sie zeugt von der Furcht der imperialistischen Kräfte, haben die im Gefolge der Oktoberrevolution vollzogenen grundlegenden Veränderungen auf einem Sechstel der Erde doch in der Praxis gezeigt, dass die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten durchaus imstande sind, das System der Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden und in historisch kurzer Zeit die Fundamente für eine neue, die sozialistische Gesellschaft zu legen. In diesem Prozess waren auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in der UdSSR und in den mit ihr verbundenen Ländern eindrucksvolle, oft selbst von vielen der Sowjetmacht distanziert oder gar ablehnend gegenüberstehenden Menschen kaum erwartete Erfolge erzielt worden.

Dabei muss wohl stärker, als das früher geschah, festgestellt werden, dass diese Fortschritte naturgemäß im Einzelnen in unterschiedlich starkem Maße erzielt wurden und – was noch viel mehr negativ ins Gewicht fiel – mit einer ganzen Reihe von Schwächen und Defiziten belastet waren. Insbesondere die zum Wesen und Sinn des Sozialismus in krassem Widerspruch stehenden stalinistischen Deformationen hatten in starkem Umfang schwere Verstöße und Vergehen und sogar Verbrechen im Gefolge. Diese beschädigten das internationale Ansehen und auch die innere Stabilität der UdSSR wie ebenfalls ihrer Verbündeten. Diese negativen Erscheinungen, die in den sozialistischen Staaten verschieden stark in Erscheinung traten, eine Tatsache, die früher gleichfalls zu wenig artikuliert wurde, und deren Überwindung erst nach dem Tode J.W.

Stalins in Angriff genommen wurde, hatten beträchtlichen Anteil an der Erosion des Sozialismus./7/ Sie trugen zum Untergang des Sozialismus in der Sowjetunion und in den Ländern Ost- und Südosteuropas sowie zum Niedergang der nationalen Befreiungsbewegungen mit sozialistischer Orientierung bei. Und dieser Prozess hat sich auch in gravierenden Einbußen der Weltfriedensbewegung und anderer internationaler progressiver Bewegungen niedergeschlagen.

Für die Anhänger des Sozialismus, des Friedens, der sozialen und nationalen Befreiung ist die Lage heutzutage außerordentlich schwierig. Nicht von der Position der Sieger der Geschichte, in der wir uns viele Jahre lang zu befinden glaubten, sondern aus der größten, einer einst gar nicht vorstellbaren Niederlage heraus müssen wir nun agieren, belastet mit der damit einhergehenden schweren Beschädigung unserer Geschichte, unserer Theorie, unserer Lehre und vor allem Praxis. Der Revolutionsforscher Manfred Kossok urteilte: „Nie vor der neuzeitlichen Geschichte sind eine Idee und eine Bewegung, die auf die Befreiung der Menschen ausgerichtet waren, bei dem Versuch der gesellschaftlichen Verwirklichung so nachhaltig, so tragisch und zugleich so jämmerlich unheroisch gescheitert.“/8/

Befördert durch die Medien verzeichnen wir nicht wenig historischen Pessimismus und Defätismus, registrieren Rückzug aus dem aktiven politischen Leben, sehen wir Überläufer zum Gegner, kurz, eine deutliche Schwäche der kommunistischen und sozialistischen Parteien quantitativ und qualitativ, theoretisch - ideologisch und politisch - organisatorisch, schwindenden Einfluss auf die werktätigen Massen, Schwächen der Gewerkschaften und anderer progressiver Organisationen und Bewegungen.

Doch liefert die Geschichte viele Beispiele, dass selbst nach schweren Niederlagen die Bewegung zu neuem Leben erwacht und wieder erstarkt. Wäre es nicht so gewesen, hätte es kein Voranschreiten der Menschheit gegeben, würden wir keinen Fortschritt verzeichnen. Gerade unter unseren sehr schwierigen Bedingungen bleibt für uns die Oktoberrevolution ein Beispiel, ein Fanal, ähnlich wie dies die von der Reaktion niedergeschlagene Pariser Kommune vor fast

150 Jahren für die damaligen Generationen von Klassenkämpfern war. Für uns kommt es heute und künftig darauf an, sowohl die Ursachen unserer Erfolge und erst recht die Gründe unserer Niederlage Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu analysieren. Diese gilt es mit Blick auf das, was anders, besser zu machen ist, zu begreifen.

Zum Nutzen von Erfahrungen sagte Lenin: „Eine Niederlage ist nicht so gefährlich wie die Angst davor, seine Niederlage einzugehen, die Angst, alle Konsequenzen daraus zu ziehen... Unsere Stärke hat darin bestanden und wird darin bestehen, dass wir die schwersten Niederlagen völlig nüchtern beurteilen und aus der Erfahrung solcher Niederlagen lernen, was in unserer Tätigkeit geändert werden muss. Das ist nicht nur vom Gesichtspunkt der theoretischen Wahrheit, sondern auch praktisch interessant und wichtig... Wenn wir uns nicht scheuen, selbst die bittere und harte Wahrheit unverblümt auszusprechen, dann werden wir es lernen, unweigerlich und unbedingt lernen, all und jede Schwierigkeit zu überwinden.“/9/ Er kritisierte „diejenigen Kommunisten ..., die sich einbilden wollten, daß man ohne Fehler, ohne Rückzüge, ohne ein vielmaliges Neubeginnen des nicht zu Ende Geführten und des falsch Gemachten“/10/ große geschichtliche Aufgaben bewältigen könnte.

Zum Kampf der Sowjetunion für kollektive Sicherheit und im Zweiten Weltkrieg

Die Oktoberrevolution bewies und die Geschichte seitdem bestätigte: Frieden war und ist erstes und höchstes Ziel der revolutionären Bewegung und des Sozialismus. Lenin ging davon aus, dass die Sozialisten „die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt“ /11/ haben. „Beendigung des Krieges, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt – das ist fürwahr unser Ideal...“/12 / Er sah es voraus und die ihm folgenden Generationen erfuhren und erfahren es gegenwärtig, dass bis zur Erreichung dieser Vision ein langer, opferreicher Weg zurückzulegen ist, viele Millionen Menschen Not und Elend erdulden und ihre Heimat und sogar ihr Leben verlieren werden.

Die Sowjetunion trat entschlossen für die Verhinderung bzw. Beendigung von Kriegen ein. Sie verband dieses Anliegen erstens damit, Klarheit zu schaffen über die Ursachen, die Bedingungen, die zu kriegerischen Konflikten führen, damit, „die reale Situation [zu] erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird“/13/. Sie wirkte zweitens darauf hin, dass die werktätigen Massen weltweit die Wahrheit über die Politik der Regierungen vor, in und nach Kriegen erfuhren – eine wichtige Voraussetzung, dass sich viele Menschen an Aktionen für den Frieden beteiligen. Sie unternahm drittens – auch unter Zurückstellung anderer, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse dienender Vorhaben – große Anstrengungen, um in kürzester Zeit die politischen, ökonomischen, kulturellen und militärischen Grundlagen zu schaffen, um die neue Macht zu stärken, Aggressoren zurückschlagen zu können gemäß der später auch in der DDR verbreiteten Losung „Der Frieden muß bewaffnet sein“. Und schließlich galt und gilt es, „einen jeden Krieg historisch (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren“/14/ und zwischen den verschiedenen Typen von Kriegen zu unterscheiden.

Die UdSSR hat unter sehr komplizierten Bedingungen das in ihren Kräften Stehende getan, um Frieden zu schaffen bzw. zu bewahren und – entsprechend den von Lenin erarbeiteten und praktizierten Leitsätzen friedlicher Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme – zu allen anderen Ländern normale, auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Respektierung und des beiderseitigen Nutzens beruhende Beziehungen herbeizuführen und zu entfalten. Im Ergebnis dessen wuchsen Ansehen und Autorität der UdSSR. Es ist nicht möglich, die entsprechenden vielfältigen Anstrengungen der sowjetischen Diplomatie aufzulisten oder gar ausführlich zu würdigen. Hier seien nur folgende Aktivitäten genannt: Die Sowjetmacht schlug in den Jahren 1918 bis 1922 die Intervention von 14 kapitalistischen Ländern gegen den jungen, rückständigen, durch die Folgen des Ersten Weltkrieges und die Kämpfe des Bürgerkrieges geschwächten Sowjetstaat unter Aufbietung aller Kräfte und unter enormen Opfern zurück. Sie durchbrach die vom größten Teil der kapitalistischen Welt über sie verhängte diplomatische Blockade. Im Ergebnis langwierig-

ger Bemühungen gelang es ihr in den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, mit vielen Staaten nicht nur Wirtschafts-, sondern schließlich auch diplomatische Beziehungen herzustellen.

Vor allem angesichts wachsender Gefahren für den Frieden, insbesondere verdeutlicht durch die offen propagierten Eroberungsziele der Hitler - Partei und den Hegemonismus des italienischen Faschismus, suchte sie konkrete Entscheidungen zur Abrüstung und für allgemeine Sicherheit herbeizuführen. Auf der 1. Internationalen Abrüstungskonferenz 1932 unterbreitete sie Vorschläge zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung oder wenigstens einer weitestgehenden Beschränkung der Rüstung. Am 6. Februar 1933 brachte sie auf der 2. Internationalen Abrüstungskonferenz einen Antrag über die Definition des „Angreifers in einem internationalen Konflikt“ ein. Das geschah mit dem Ziel, Aggressionen vorzubeugen und den Frieden zu festigen und war „der erste Schritt zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit“/15/. Im Dezember 1933 fasste das ZK der KPdSU(B) den historischen Beschluss zur Entfaltung des Kampfes für die Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. Von größter Wichtigkeit für die Festigung des Friedens war die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA. Diese kamen nun endlich nach von Präsident Franklin Delano Roosevelt vorgeschlagenen Verhandlungen am 16. November 1933 zustande./16/ Nachdem die aggressiven Ziele und Aktivitäten der deutschen Faschisten immer deutlicher zutage traten, Deutschland am 19. Oktober 1933 seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärte und Japan ebenfalls 1933 diesen Schritt vollzog, richteten die Regierungen von 30 dem Völkerbund angehörenden Staaten am 15. September 1934 an die Sowjetregierung ein Telegramm, mit dem sie die UdSSR einluden, „in den Völkerbund einzutreten und ihm ihre wertvolle Mitarbeit zukommen zu lassen.“ Die Sowjetunion leistete dieser Einladung Folge, „obzwar“, wie W.M. Molotow auf dem VII. Sowjetkongress am 28. Januar 1935 erklärte, „wir nicht geneigt sind, die Wichtigkeit derartiger Organisationen zu überschätzen“/17/. In ihrem Antwortschreiben hieß es: „Die Sowjetregierung hat die Organisation und Konsolidierung des Friedens

als ihre wichtigste Aufgabe in außenpolitischer Beziehung angesehen und ist keiner Anregung gegenüber taub geblieben, im Interesse des Friedens international zusammen zu arbeiten...“ /18/ Am 18. September 1934 beschloss die Plenarversammlung des Völkerbundes, die UdSSR in den Bund aufzunehmen und ihrem Vertreter den Platz eines ständigen Mitglieds im Völkerbundsrat einzuräumen. /19/

Der Friedenspolitik der UdSSR entsprachen die 1932 mit Frankreich, Polen, Finnland, Lettland und Estland geschlossenen Nichtangriffspakte, die 1935 mit Frankreich und der Tschechoslowakei unterzeichneten Beistandsverträge sowie 1937 der Nichtangriffspakt mit der Chinesischen Republik. Doch das Zurückweichen Großbritanniens und Frankreichs vor Hitlerdeutschland, ihre sogenannte Politik der Nichteinmischung, die Duldung des Anschlusses Österreichs 1938 an Deutschland und als Tiefpunkt dieser die Aggressoren begünstigenden Politik das Münchener Diktat 1938 mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939 vereitelten die Schaffung des von der UdSSR angestrebten Systems kollektiver Sicherheit in Europa, zeugten von gewachsener Kriegsgefahr sowie der auf die Isolierung der Sowjetunion zielenden Politik der Westmächte.

Im Zweiten Weltkrieg leistete die UdSSR den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung der Aggressoren - Deutschlands, Italiens, Japans sowie deren Verbündeter.

Im Juni 1941 hatte die deutsche Wehrmachtführung etwa 3,3 Millionen Soldaten an den Grenzen zur UdSSR zusammengezogen. An der deutsch sowjetischen Front waren von den deutschen Heeresverbänden eingesetzt: am 22. Juni 1941 - 69,6 Prozent /20/, am 1. Januar 1942 - 70,0 Prozent, am 1. Januar 1943 - 70,8 Prozent, am 1. Januar 1944 - 62,7 Prozent, am 1. Juli 1944 - 51,8 Prozent und am 1. Januar 1945 - 60,6 Prozent. /21/ Zu den an dieser Front kämpfenden Verbänden gehörten die meisten der technisch am besten ausgerüsteten und über umfangreiche Erfahrungen verfügenden. Zu Beginn dieses von Hitler als Krieg zur Eroberung „neuen Lebensraumes“ und dessen rücksichtsloser „Germanisierung“, Ausplünderung und Vernichtung der slawischen Völker und der Juden pro-

klamierten Kreuzzuges standen an der Seite der deutschen Verbände etwa 690.000 italienische, finnische, rumänische, slowakische und ungarische; ab Spätsommer 1941 und danach kamen noch spanische, kroatische Soldaten sowie französische, belgische, niederländische, dänische und norwegische, außerdem osteuropäische Hilfstruppen hinzu. Insgesamt wird die Zahl allein der deutschen Soldaten, die im Laufe des Krieges im Osten eingesetzt waren, auf „etwa 10 Millionen Mann geschätzt. ...es war die größte militärische Kraftentfaltung der deutschen Geschichte. Ausgereicht hat sie nicht.“ /22/

Die Verluste an dieser Front und im Hinterland waren enorm, auch wenn die Zahlen über die Verluste an Menschen differieren und wohl immer wieder zu präzisieren sind, ein Umstand, der für alle Kriegsschauplätze und Vernichtungsstätten zutrifft. Fest steht: Die Verluste waren ungewöhnlich hoch. Nach neueren, weiter unterschiedlichen Berechnungen wird geschätzt, dass die UdSSR insgesamt etwa 26,6 Millionen Menschen verlor: 11,4 Millionen Angehörige der Streitkräfte und 15,2 Millionen Zivilisten./23/ Eine andere Quelle schlüsselt wie folgt auf: 11,5 Millionen Rotarmisten, 3,5 Millionen Kriegsgefangene, 2,5 Millionen Juden und 9,5 Millionen andere Zivilisten./24/ Das sind erschreckende, kaum vorstellbare Zahlen.

Verheerend waren auch die materiellen Verluste und Zerstörungen. In der Sowjetunion wurden nach einem von dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare N.A. Wosnessenski wenige Monate nach Kriegsende Stalin vorgelegten Bericht ausgewiesen: 1.710 Städte und Siedlungen städtischen Typs zerstört, mehr als 70.000 Dörfer verbrannt, 32.000 Industriebetriebe zerstört, 65.000 Kilometer Eisenbahnlinien demoliert, rund 100.000 Kolchosen und Sowchosen sowie Tausende Maschinen- und Traktorenstationen verwüstet. Rund 25 Millionen Menschen waren obdachlos, lebten in Erdhütten, Schuppen oder Kellern./25/

Ohne die militärischen Leistungen und die vor allem materielle Unterstützung durch die anderen Alliierten, durch Großbritannien, die USA /26/ und andere Staaten und die Rolle der Widerstands- und Partisanenbewegungen gering zu schätzen: Die sowjetische Front in

Europa war die größte und gewichtigste, sie trug die Hauptlast, das Geschehen an ihr übte zudem wesentlichen Einfluss auf den Verlauf der Kampfhandlungen in West- und Südeuropa wie auch außerhalb Europas aus, indem sie die Hauptkräfte der Aggressoren band, und hauptsächlich an ihr wurden sie zerschlagen. Die Völker der UdSSR mussten die mühevollsten Anstrengungen unternehmen – an der Front und im Hinterland, litten in kaum vorstellbarem Maße, erbrachten die mit großem Abstand meisten Opfer an Menschen, verzeichneten enorme Verluste an materiellen und kulturellen Werten.

Diese Opfer und die verheerenden Auswirkungen des Krieges warfen die Sowjetgesellschaft viele Jahre zurück, forderten zu ihrer Bewältigung erneut größte Anstrengungen, hinderten sie, beim sozialistischen Aufbau schneller voranzukommen. Das Erleben des Krieges und der ihm folgenden Jahre bestärkten Partei, Staat, alle Menschen, die diese Zeit durchlitten hatten, alles zu tun, um eine Wiederholung dieses unermesslichen Leidens ein für allemal unmöglich zu machen.

Zum Kalten Krieg

Während des Krieges war das Bündnis der UdSSR, der USA und Großbritanniens sowie ihrer Verbündeten bestimmt gewesen vom Kampf gegen die gemeinsamen Hauptfeinde – Hitlerdeutschland, das faschistische Italien und das militaristische Japan sowie ihre Vasallen, von der Abwehr dieser Aggressoren, ihrer Zerschlagung und Niederringung bis zur bedingungslosen Kapitulation. Doch kann nicht außer Acht gelassen werden, dass das Zusammenwirken der Alliierten in erster Linie stets geleitet war von ihren eigenen nationalstaatlichen Interessen und Absichten, begleitet von Misstrauen und Vorbehalten, vom zunehmenden Wissen oder zumindest der Ahnung, dass dieses Zweckbündnis von Staaten prinzipiell unterschiedlicher, ja gegensätzlicher gesellschaftlicher Natur nur ein zeitweiliges, vorübergehendes sein und der Grundwiderspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus mit dem Ende des Krieges wieder voll zur Wirkung kommen und dominierend sein werde. Richard Overly schreibt dazu: „Solange der Krieg gegen Deutschland und Japan andauerte, blieb die sich weitende Kluft zwischen

Ost und West sozusagen ein unterirdischer Riss.“ /27/ Es begann der Übergang zum sogenannten Kalten Krieg, eine Entwicklung, die sich angesichts der geschilderten Umstände gewissermaßen folgerichtig ergab.

Historiker der DDR hatten zu dieser Frage schon lange festgestellt, dass die ersten Schritte des Kalten Krieges gegen die UdSSR von herrschenden Kreisen der USA und Großbritanniens noch vor Beendigung des Zweiten Weltkrieges getan wurden./28/ Nachdem sich ab Mitte 1943 abzuzeichnen begann, dass die große Allianz das gemeinsame Ziel der Niederringung der Aggressoren in nicht allzu ferner Zeit erreichen und die Frage der Gestaltung Europas nach dem Krieg bald zu beantworten sein würde, wirkten zunehmend die inneren Widersprüche dieses seiner Natur nach gegensätzlichen Bündnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus. Als Ausdruck der in mancher Hinsicht unterschiedliche Kriegsziele, im Ergebnis der durch das militärische Geschehen geschaffenen Realitäten und in konträrer Auslegung und Verwirklichung gemeinsamer Vereinbarungen wurden die in vieler Hinsicht jeweils eigenen Interessen der Bündnispartner zunehmend deutlich.

So war es nicht verwunderlich, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Bemühungen der UdSSR scheiterten, die im Krieg vorherrschende Normalität der Beziehungen und das Handeln der Staaten entsprechend den Vereinbarungen der Konferenzen von Teheran 1943, Jalta und Potsdam 1945 sowie nach den Prinzipien der Nichteinmischung, der Volkssouveränität und des gegenseitigen Nutzens zu erhalten. In den USA und in Großbritannien wieder stärker an Einfluss gewinnende Kräfte wirkten daran, wichtige im Kriege und unmittelbar danach getroffene Vereinbarungen zu unterlaufen. Schließlich bekundeten sie in aller Öffentlichkeit ihre Absage an gemeinsam vereinbarte Ziele und Maßnahmen, so in den Reden von Winston Churchill in Fulton (Missouri, USA) am 5. März und des Außenministers der USA, J.F. Byrnes, in Stuttgart am 6. September 1946.

All das geschah von der Position tatsächlicher oder vermeintlicher Stärke gegenüber der Sowjetunion mit dem Ziel, militärische Überlegenheit zu sichern. Hier muss daran erinnert wer

den, dass die USA am 16. Juli 1945 in ihrem Bundesstaat New Mexico zu Versuchszwecken die erste Atombombe der Welt gezündet hatten. Vor allem Léo Szilárd, der unmittelbar an der Entwicklung der Atombombe beteiligt war, brachte nach der Kapitulation Deutschlands unter Mitwirkung an diesen Arbeiten beteiligter Wissenschaftler eine Bittschrift an den neuen Präsidenten Harry S. Truman in Umlauf, in der Bedingungen angeführt wurden, die es ermöglichen sollten, keine Atombombe gegen Japan zum Einsatz zu bringen. General Leslie R. Groves, der Leiter des Manhattan-Projekts, verhinderte, dass diese Petition den Präsidenten erreichte. Doch Truman wusste von der qualitativ und quantitativ neuen starken Wirkung der Atombombe. Denn er teilte auf der Potsdamer Konferenz Stalin nach der Sitzung am 24. Juli 1945 gesprächsweise mit, dass die USA „jetzt über ein neues Kampfmittel von außergewöhnlicher Zerstörungskraft verfügten“ /29/. Auf Weisung Trumans und mit Zustimmung Winston Churchills wurden am 6. und 9. August 1945, als sich die Niederlage Japans bereits ganz deutlich abzeichnete, zwei Atombomben über japanischen Städten – Hiroshima und Nagasaki – gezündet.

Das waren Entscheidungen, die nicht nur extrem waren, sondern die sich auch aus militärischen Gründen nicht als zwingend notwendig erwiesen, aber unmittelbar und noch Jahrzehnte danach enorme Menschenopfer und große materielle Zerstörungen zur Folge hatten. Diese nicht wirklich zu rechtfertigenden Schritte mit ihren verheerenden Wirkungen waren wesentlich als Machtdemonstration gegenüber der Sowjetunion gedacht und sollten der Nachkriegszeit ihren Stempel aufdrücken. Die eine neue Qualität und neue Dimensionen verkörpernde Zerstörungskraft der neuen Waffe zeugte davon, dass in der Entwicklung der Menschheit und in den Beziehungen zwischen den Staaten, auf den Gebieten von Wissenschaft, Technik, Militärwesen und anderen, ein neues Zeitalter eingeleitet und ein äußerst gefährliches Mittel zur Drohung und Erpressung geschaffen wurde, womit zugleich das Wettrüsten in eine neue Phase trat.

Gerade angesichts dieser Entwicklung muss daran erinnert werden, dass die UdSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, nach der Drohung der Westmächte mit der Atomwaffe und angesichts der

Tatsache, dass die USA weltweit Hunderte Militärstützpunkte mit vielen Zehntausenden von Soldaten unterhielten, versuchte, die systembedingte Konfrontation von Imperialismus und Sozialismus unter den durch den Kalten Krieg komplizierter gewordenen Bedingungen nicht in einen großen heißen Krieg münden zu lassen. Sie trat den Versuchen der USA und Großbritanniens entgegen, insbesondere auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam getroffene Vereinbarungen zu torpedieren. Sie ging nicht vor der vom Präsidenten der USA Harry S. Truman am 12. März 1947 verkündeten aggressiven Doktrin des „Containment“, der „Eindämmung“ der angeblichen sowjetischen Aggressivität, mit der offiziell die Politik des Kalten Krieges verkündet wurde, in die Knie. Sie vereitelte die mit dem Marshall-Plan 1947 gestarteten Versuche, die UdSSR sowie ihre Verbündeten auf Kosten ihrer Souveränität in das von den USA dominierte kapitalistische Wirtschaftssystem einzubinden, sie wirtschaftlich und damit politisch von den USA abhängig zu machen. So blieben letztlich Stalins Bemühungen um eine Weiterführung, um ein Anknüpfen an die positiven Erfahrungen der Anti-Hitler-Koalition erfolglos. Doch trotz oder gerade wegen einer Reihe von Belastungen und Krisen in den Beziehungen zwischen der NATO (gegründet im April 1949) und dem Bündnis der Staaten des Warschauer Vertrages (geschaffen erst im Mai 1955) setzte sich die UdSSR für die Erneuerung und Weiterentwicklung der Beziehungen zur kapitalistischen Welt, für die beiderseitig vorteilhafte Realisierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, für Schritte zur Abrüstung, für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa ein.

Für den Frieden war es mit Blick auf die internationalen Beziehungen von außerordentlicher Bedeutung, dass die Sowjetunion, beginnend mit dem Jahr 1949, das Atomwaffenmonopol der USA und Großbritanniens brach und damit auf diesem Gebiet und auch auf dem der Trägersysteme das Gleichgewicht der Kräfte oder, wie es auch formuliert wurde, das Gleichgewicht des Schreckens, herzustellen vermochte. Das war eine Leistung, die außerordentliche Aufwendungen erforderte und den Einsatz vieler Kräfte band. Sie wurde erbracht auf Kosten der raschen Überwindung der Kriegszerstörungen und der schnelleren Verbesserung der Lebenslage der

Bevölkerung. Das von den Westmächten ausgelöste und vorangetriebene Wettrüsten beider Bündnissysteme – der NATO und der Staaten des Warschauer Vertrages – trug letztlich zu einem bedeutenden Teil zum „Totrüsten“ der UdSSR und damit zum Untergang des Sozialismus bei.

Diese Erkenntnis soll nicht die entscheidende Ursache der Unterlegenheit der UdSSR aus dem Blickfeld geraten lassen, die meines Erachtens in Defiziten und Rückständen bei der Bewältigung der ökonomischen Aufgaben des sozialistischen Systems bestand. Sie äußerten sich vor allem darin, dass es nur unzureichend gelang, die Anforderungen, die sich aus der wissenschaftlich - technischen Revolution ergaben, zu erkennen, Schlussfolgerungen zu ziehen und zu realisieren, indem diese effektiv mit dem Sozialismus verbunden und so die Triebkräfte der Gesellschaft auf neue Weise gefördert werden. Hemmend wirkte sich auf diesen notwendigen Prozess die verbreitete und lang andauernde Überschätzung des Erreichten auf ökonomischem, wissenschaftlich - technischem und theoretisch - ideologischem Gebiet aus.

Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die Beziehungen zwischen den beiden Weltsystemen während des Kalten Krieges und der notwendig erzwungenen Koexistenz nicht nur durch militärische Bedrohungen und Krisensituationen gekennzeichnet waren, so gefährlich diese im Einzelnen in Erscheinung traten. Letztlich setzten sich auf beiden Seiten die Stimmen der Vernunft durch, die sich der Gefahren bei Einsatz militärischer Gewalt und insbesondere von Nuklearwaffen für jeden der beteiligten Kontrahenten bewusst waren und die weitere Verschärfung der Lage vermeiden wollten. Beide Seiten zogen zudem aus der Entwicklung von wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen eigenen Nutzen, denn auch auf diesen Gebieten ruhte der Klassenkampf natürlich nicht; erinnert sei an Blockaden und Embargos, so die Politik der USA und anderer westlicher Staaten gegenüber Kuba und die für den Handel mit den sozialistischen Ländern äußerst hinderlichen Bestimmungen entsprechen den COCOM - Listen./30/

Der Kalte Krieg erlebte also sowohl Phasen, in denen sich die Beziehungen hauptsächlich verschlechterten und gefährlich zuspitz-

ten, wie auch solche, in denen Schritte zur Entspannung, für Verminderung von Rüstungen sowie zur Förderung gegenseitiger Beziehungen unternommen wurden. Aber auch in solchen Zeiten tat jede Seite alles, um keine militärstrategische Überlegenheit der anderen zuzulassen. Gerade in solchen Phasen arbeitete die NATO daran, im ökonomischen Wettstreit den Vorsprung des Westens zu erhalten und auszubauen, mit der „Politik des Wandels durch Annäherung“, der Ausnutzung und Förderung nationalistischer Positionen und oppositioneller Gruppierungen innerhalb des sozialistischen Lagers, mittels der „Konterrevolution auf Filzlatschen“ (DDR-Außenminister Otto Winzer) die Grundlagen der sozialistischen Staaten und ihrer Bündnisorganisationen – des Warschauer Vertrages und des RGW – auszuhöhlen.

Über Krieg und Frieden heute und in Zukunft

Abschließend zu diesem Komplex von Frieden und Krieg: Die NATO hat mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der sozialistischen Staaten Europas 1989 bis 1992 ihr langfristig verfolgtes wichtigstes Ziel im Kalten Krieg erreicht. Doch im Unterschied zu verbreiteten Auffassungen meine ich: Damit war und ist der Kalte Krieg nicht erloschen, nicht beendet. Die Tatsachen des internationalen Geschehens seit jener Zäsur zeigen: Solange es sozialistische Staaten oder solche, die sich als sozialistisch verstehen, sowie Kräfte mit sozialistischer Orientierung gibt, agieren die Regierungen und die meisten Medien der imperialistischen Staaten wie eh und je mit den Mitteln und Methoden des Kalten Krieges gegen den historischen Fortschritt, gegen Frieden und Beseitigung von Spannungsherden./31/ Sie dehnten und dehnen – entgegen ihren ursprünglichen Erklärungen – die NATO bis an die Grenzen Russlands aus, gehen bei der Modernisierung ihrer Streitkräfte voran, schüren ihren wirtschaftlichen und strategischen Interessen nutzende Konflikte. Sie diffamieren und verfolgen weltweit Vertreter progressiver Ansichten und Ziele, verhängen bzw. verschärfen Sanktionen und andere Strafmaßnahmen gegen sozialistische und andere Länder, praktizieren die „Politik des Wandels durch Annäherung“ mit dem Ziel der Schwächung und Umwandlung von Staaten und Bewegungen, die ihren Absichten im Wege stehen. So sollen sozialistische Staaten transformiert, auf „friedlichem Weg“ ausgelöscht und

der Einfluss fortschrittlicher Kräfte eliminiert, kurz, in globalem Maßstab die Konterrevolution durchgesetzt, die Alleinherrschaft des kapitalistischen Systems wiederhergestellt werden. Doch die verbliebenen sozialistischen Länder in Asien und die Republik Kuba existieren weiterhin, erstarben bei der Bewältigung widriger Bedingungen und Hemmnisse und sind vielen Menschen Hoffnung für die Gestaltung einer anderen Gesellschaft.

Solange die internationalen Verhältnisse so unsicher, labil und gefährlich wie gegenwärtig und künftig sind, ist es erst recht notwendig, für die seit der Oktoberrevolution, wenngleich mit unterschiedlichem Erfolg, praktizierten Normen der internationalen Politik einzutreten – für die Normalisierung und Entspannung der Beziehungen, für die Entschärfung und Beseitigung von Konflikten, für die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, für Sicherheit und Frieden zum Nutzen aller.

Nicht wenig wahrscheinlich ist aber auch eine andere Möglichkeit – und damit kehre ich gewissermaßen zum Ausgangspunkt meines Beitrages mit Bemerkungen zur Rolle der Gewalt in der Geschichte zurück: Es ist vorstellbar, dass die letztlich ökonomisch und militärstrategisch bedingten Gegensätze in und vor allem zwischen verschiedenen Ländern wie in der Vergangenheit auch weiterhin gewaltsam, mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Die in einer Reihe von Ländern in Gang befindlichen Prozesse der Aufrüstung und Militarisierung zeugen von einer solchen Entwicklung.

Es ist dahin zu wirken und zu hoffen, dass vor allem die mächtigsten Atomwaffen besitzenden Staaten – die USA und Russland – auch künftig im Falle eines sich zwischen ihnen zuspitzenden Konflikts auf den Einsatz dieser sie selbst zerstörenden und darüber hinaus andere Länder schwer schädigenden Waffen verzichten./32/

Gegenwärtig verfügen neun Staaten über Atomwaffen. Es sind dies die USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea. Wenngleich jedem Politiker und Militär bewusst sein müsste, dass mit Nuklearwaffen heute kein Krieg zu gewinnen ist, sondern nur alles zerstört werden kann, wächst die

Gefahr, dass bestimmte Personen und Gruppen in den genannten Staaten oder Terroristen, die sich in den Besitz solcher Mittel setzen können, vor dem Einsatz dieser Waffen nicht zurückschrecken. Für noch größer erachte ich die Gefahr, dass durch menschliches Versagen, also subjektiv bedingte Faktoren wie Irrtümer und Fehleinschätzungen sowie technische Fehler Katastrophen ausgelöst werden.

Am 31. März dieses Jahres fand in der UN - Generalversammlung die erste Runde der Verhandlungen über ein vollständiges Verbot von Atomwaffen ihren Abschluss. An diesen Verhandlungen hatten zwei Drittel der 193 UN - Mitgliedstaaten teilgenommen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bemühungen um atomare Abrüstung waren Vertreter von mehr als 120 Regierungen gemeinsam mit internationalen Organisationen und Friedensbewegungen zusammengekommen, um sich über Wege zu einem rechtsverbindlichen Verbot von Atomwaffen zu verständigen. Zwischen dem 15. Juni und 7. Juli 2017 sollen Schlussverhandlungen stattfinden mit dem Ziel, einen Vertrag über ein vollständiges Verbot dieser Waffen zu beschließen - eine Aufgabe, die seit über sechs Jahrzehnten ansteht.

Es verdeutlicht den Ernst der Lage, dass alle neun Atomwaffenstaaten und alle NATO - Länder, darunter natürlich auch die BRD, diese erste Runde boykottiert haben./33/ Diese Staaten, soweit sie über ein solches bereits verfügen, modernisieren und stärken ihr atomares Waffenpotenzial, und sie bekunden ihre Ablehnung effektiver atomarer Abrüstung.

Die Lösung von sehr ernsten Gegensätzen und sehr gravierenden Konflikten in und zwischen Ländern wird wie bisher künftig im nationalstaatlichen und im regionalen Rahmen unter Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen, dafür aber mit immer wirksameren und noch größere Schäden anrichtenden sogenannten konventionellen Waffen erfolgen - eine Aussicht, die schlimmste Befürchtungen zur Folge haben muss. Sie verlangt mit gebieterischem Ernst das Engagement realistisch denkender Politiker und Militärs und noch effektivere Aktivitäten - einschließlich der Aufklärung über Ursachen, Betreiber und Folgen einer solchen gefährlichen Politik, durch alle Menschen mit Verstand und gutem Willen.

Bis zu einer Welt ohne Krieg, wie sie Marx, Engels und Lenin, allen Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten und anderen Friedenskämpfern vorschwebte und für die sie eintreten, ist noch ein sehr weiter und opferreicher Weg zurückzulegen. Zu ihm gibt es keine vernünftige, humane Alternative, wenn die Menschheit überleben will.

Anmerkungen

- 1 Karl Marx: Der Produktionsprozess des Kapitals (Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1) VII. Abschnitt: Der Akkumulationsprozess des Kapitals. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 742.
- 2 Interview mit dem Grundleger des modernen Sozialismus. Besondere Korrespondenz der „Tribune“. In: K. Marx/F. Engels: Werke, Bd. 34, Berlin 1966, S. 515. – Inzwischen haben neuere Forschungen zur Zahl der Opfer der Kommune ergeben: „Mindestens 30.000 Pariser fielen oder wurden meuchlings ermordet. Über 40.000 Kommunarden wurden eingekerkert oder zur Zwangsarbeit verurteilt. Tausende mussten emigrieren.“ (Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in vier Bänden, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1988, S. 297.)
- 3 W.I. Lenin: Bericht in der gemeinsamen Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, des Moskauer Sowjets, der Betriebskomitees und der Gewerkschaften, 22. Oktober 1918. In: Werke, Bd. 28, S. 115.
- 4 Haffner, Sebastian: Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19, Bern/München/Wien 1969, S. 62, 125.
5 Es sollen in diesen Auseinandersetzungen 800.000 Soldaten gefallen sein; die Zahl der durch Kampfhandlungen, Pogrome, Exekutionen, bei Plünderungen und durch Krankheit und Hunger umgekommenen Menschen aus der Zivilbevölkerung wird auf 10 Millionen geschätzt (Siehe Die Russische Revolution. GEO-Epoche. Das Magazin für Geschichte, Nr. 83 [2017], S. 127). Die Produktion der Großindustrie betrug 1920 nur noch fast ein Siebentel des Vorkriegsstandes. Die Landwirtschaft lag darnieder (Siehe Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Dritte, ergänzte Ausgabe, Moskau 1969, deutsch: Berlin 1971, S. 373/374).
- 6 W.I. Lenin: Über die Innen- und Außenpolitik der Republik. Bericht des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare an den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, 23. Dezember 1921. In: Werke, Bd. 33, S. 130.
- 7 Zur Genesis dieser verhängnisvollen Entwicklungen siehe die jüngste Veröffentlichung von Kosing, Alfred: „Stalinismus“. Untersuchung von Ursprung, Wesen und Wirkungen, Berlin 2016, sowie die vor einigen Jahren erschienene Schrift von Neubert, Harald: Die internationale Einheit der Kommunisten. Ein dokumentierter historischer Abriss, Essen o.J.

- 8 Kossok, Manfred: Sozialismus an der Peripherie, Berlin 2016.
- 9 W.I. Lenin: VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz. Über die Neue Ökonomische Politik. Referat in der Sitzung am 29. Oktober 1921. In: Werke, Bd. 33, S. 74/75, 79.
- 10 W.I. Lenin: Notizen eines Publizisten. Ebenda, S. 191.
- 11 W.I. Lenin: Sozialismus und Krieg (Die Stellung der SDAPR zum Krieg). Ebenda, Bd. 21, S. 299.
- 12 W.I. Lenin: Die Frage des Friedens. Ebenda, S. 292.
- 13 W.I. Lenin: Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag. Ebenda, Bd. 33, S. 433.
- 14 W.I. Lenin: Sozialismus und Krieg. Ebenda, Bd. 21, S. 299.
- 15 Geschichte der Diplomatie. Dritter Bd. Unter der Redaktion von W.P. Potjomkin, Moskau 1947, S. 541/542. (Hier irrtümlich 6. Februar 1931, statt 6. Februar 1933.) Siehe auch Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 - 1945. Unter Leitung von A.A. Gromyko und B.N. Ponomarjow. Nach der 2. ergänzten sowjetischen Auflage, Berlin 1980, S. 369 ff.
- 16 Siehe Geschichte der Diplomatie. Dritter Bd., Moskau 1947, S. 573/574
- 17 Zit. ebenda, S. 584.
- 18 Ebenda.
- 19 Siehe ebenda.
- 20 Nach Sigg, Marco: Der Zweite Weltkrieg 1937-1945, Wiesbaden 2014, S. 108, setzte die Wehrmacht 75% des Feldheeres und zwei Drittel der Luftwaffe ein.
- 21 Nach Atlas zur Geschichte, Bd. 2, Gotha/Leipzig 1975, S. 40.
- 22 Hartmann, Christian: Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941-1945, München 2011, S. 22.
- 23 Ebenda, S. 115.
- 24 Heer, Hannes: Massenmord nach Plan. In: junge Welt, 24. Januar 2011. Siehe dazu auch Overy, Richard: Russlands Krieg 1941-1945, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 453/454.
- 25 Siehe Wolkogonow, Dimitri: Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt, Berlin 2015, S. 697. – Nach den in der „Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917-1945“ wiedergegebenen Zahlen aus sowjetischen Quellen heißt es: „Die faschistischen deutschen Eindringlinge und ihre Satelliten zerstörten und brannten völlig oder teilweise 1710 Städte und über 70.000 Dörfer nieder; sie verbrannten und zerstörten über 6 Millionen Gebäude und machten ungefähr 25 Millionen Menschen obdachlos, zerstörten 31.800 Industriebetriebe, 65.000 km Eisenbahnlinien und 4.100 Eisenbahnstationen; zerstörten und plünderten 98.000 Kolchosen, 1.876 Sowchosen und 2.890 Maschinen-Traktorenstationen; sie entwendeten oder schickten nach Deutschland 7 Millionen Pferde, 17 Millionen Rinder, 20 Millionen Schweine, 27 Millionen Schafe und Ziegen. Der unmittelbare Schaden, der von Deutschland und seinen Verbündeten in den sowjetischen Gebie-

ten verursacht worden war, betrug 679 Milliarden Rubel.“ Die Zahl der Toten wurde 1961 mit „etwa 20 Millionen“ angegeben. (Ebenda, S. 576, 575)

- 26** Während die UdSSR sich in schweren Kämpfen der Angriffe der faschistischen Kräfte erwehren musste und die sowjetischen Armeen 1941 und 1942 bis vor Leningrad, Moskau und Stalingrad zurückgehen mussten und die von ihr geforderte und erhoffte Zweite Front – die Landung der westlichen Alliierten in Westeuropa – erst am 6. Juni 1944 begann, als die Operation „Bagration“ der Roten Armee bereits in vollem Gange war und innerhalb weniger Wochen der Wehrmacht „die größte Niederlage der deutschen Militärgeschichte, katastrophaler als Stalingrad“ bereitete (Sigg, Marco: Der Zweite Weltkrieg 1937 - 1945, Wiesbaden 2014, S. 178), lieferten Großbritannien und vor allem die USA wichtige Mittel. Diese umfangreichen Lieferungen erfolgten auf der Grundlage des am 1. Oktober 1941 in Moskau geschlossenen Rüstungshilfeabkommens und der Ausdehnung des Leih- und Pachtgesetzes der USA auf die UdSSR am 7. November 1941. Diese bedeutsamen und wertvollen, jedoch aus mancherlei Gründen oft nicht pünktlich und vollständig realisierten, insgesamt nicht kriegsentscheidenden Lieferungen an die UdSSR im Umfang von 11 bis 12 Milliarden Dollar waren, was meist unberücksichtigt bleibt, nicht unentgeltlich und umfassten auch sowjetische Gegenlieferungen. Von der inzwischen umfassenden Literatur zu dieser Thematik nenne ich hier nur: Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/1922 bis 1991. Hrsg. von Hans-Joachim Torka, München 1993, S. 175; Overy, Richard: Russlands Krieg 1941-1945, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 300 ff.; Zusammenarbeit für den Sieg. Zentrales Museum des Großen Vaterländischen Krieges. Katalog zur Ausstellung 2009 Moskau - Berlin; Eichholtz, Dieter: Die große Wende im Osten. In: junge Welt, 15. Januar 2013. Zur Wertung des materiellen Beitrages der Westalliierten siehe auch die Aufzeichnungen Konstantin Simonows über seine Gespräche mit G.K. Shukow in: K. Simonow: Aus der Sicht meiner Generation. Gedanken über Stalin, Berlin 1990, vor allem S. 354 - 356. Aufschlussreich auch Schützler, Horst: Der „Große Vaterländische Krieg“. Neue Sichten und Einsichten in Russland und seiner Geschichtsschreibung, Pankower Vorträge, H. 143, Berlin 2010, S. 48-51.
- 27** Russlands Krieg, S. 383. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Arbeiten zum Weiterwirken der Gegensätze zwischen den Westmächten und der UdSSR und zu den Ursprüngen dessen, was seit 1946 offiziell als Kalter Krieg bezeichnet wurde. Siehe dazu vor allem Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg, München 2008 (3. durchgesehene Auflage) sowie Gärtner, Heinz: Der Kalte Krieg. Bündnisse – Krisen – Konflikte, Wiesbaden 2017.
- 28** Siehe die zusammenfassende Wertung in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1: A-K, Berlin 1969, S. 887.

- 29** Truman, H.S.: Memoiren, Bd. I (1945), Stuttgart 1955, S. 426, nach Gruchmann, Lothar: Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik, Wiesbaden 2004, S. 495/496; sowie Coulmas, Florian: Hiroshima. Geschichte und Nachgeschichte, München 2010, S. 7-9.
- 30** COCOM: Abkürzung für Coordinating Committee for East - West - Trade - Policy. Bereits 1949 in Paris gegründeter Ausschuss der sechzehn NATO - Mitglieder (ohne Island) sowie Japans und Australiens, um die sozialistischen Staaten am Erwerb auch militärisch nutzbarer Hochtechnologien zu hindern.
- 31** Hier ergibt sich meines Erachtens folgende Frage: Der Kalte Krieg, wie wir ihn kennen, entwickelte sich in einer bestimmten historischen Konstellation aus der Konfrontation der beiden gegensätzlichen Staats- und Gesellschaftssysteme und ihrer Militärbündnisse. Aber was ist mit den gespannten, kontroversen Beziehungen zwischen Staaten, die heutzutage keinem der verschiedenen, zumeist fragilen Bündnisse oder nur der NATO angehören? Besitzen sie nicht auch Merkmale eines Kalten Krieges? War und ist ein solcher nur aus den damaligen Bedingungen heraus denkbar? Ich meine, dass Merkmale eines Kalten Krieges generell für die Verhältnisse zwischen Staaten zutreffen, die durch Nichtanerkennung, Leugnung und Verhinderung normaler, gegenseitig nützlicher Beziehungen, durch offene Feindseligkeit und Drohungen beherrscht sind. Die Gegenwart liefert dafür leider genug Beispiele.
- 32** Zur Entwicklung der nuklearen Abschreckung und ihrer Gefahren siehe Gärtner, Heinz: Der Kalte Krieg. Bündnisse - Krisen - Konflikte, Wiesbaden 2017, S. 198-215 und 222-225, wobei ich seine Ansicht über ein Ende des Kalten Krieges 1989 -1991 nicht teile, erlebt dieser doch in den vergangenen Jahren und gegenwärtig eine erneute Bestätigung und Weiterentwicklung durch die modernisierte Nutzung bisheriger und die Erschließung qualitativ neuer militärtechnischer, informeller und digitaler Möglichkeiten. Siehe zu den Risiken auch ders.: Der amerikanische Präsident [Obama] und die neue Welt, Wien/Berlin 2012.
- 33** Siehe Boehnel, Max: Kampf für eine echte Null -Lösung. UNO - Staaten und internationale Organisationen widersetzen sich dem Atomwaffenwahn. In: neues deutschland, 1./2.4.2017. Die BRD nahm nicht einmal als Beobachter teil.